

06.07.1898 - 115. Geburtstag Hanns Eisler (gest. 6.9.1962)

01.07.1949 - Im VEB Hallesche Kleiderwerke bildete sich auf Initiative von Luise Ermisch die erste Qualitätsbrigade. Nach diesem Beispiel organisierte die SED eine Bewegung von Brigaden der ausgezeichneten Qualitätsarbeit.

28.06.1840 - Eröffnung des ersten Kindergartens durch Friedrich August Wilhelm Fröbel.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

11. Ausgabe / 23. Jahrgang

Für Halle

25. Juni 2013

Höhn und Tiefen

Die Kolumne von Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter Matthias Höhn

In der Ruhe liegt die Kraft

Am Montagmorgen hatte ich endlich die Zeit und die Muße, mich durch die Berichterstattungen zu unserem Parteitag in Dresden zu arbeiten, durch Zeitungen und Bildberichte im Fernsehen. Auffallend häufig las und hörte ich die Vokabeln „Ruhe“, „Geschlossenheit“ und „Harmonie“ – zuweilen lief der Tenor der Berichte auf „Langeweile“ hinaus.

Natürlich freut es mich, dass wir Zerrissenheit und Streit von Göttingen hinter uns gelassen und in Dresden konstruktiv und besonnen gearbeitet haben. Aber „langweilig“ war es doch beim besten Willen nicht.

Niemand käme auf die Idee, den Wert eines Fußballspiels an der Anzahl roter Karten zu messen. Warum also bei uns?

Was für ein Bild gaben wir ab?

Nach fast 15 Stunden Debatte, am frühen Sonntagmorgen um 0.15 Uhr war es geschafft: Das beste Wahlprogramm aller Parteien war beschlossene Sache. Das Ergebnis ist kein Vorteil für die eine oder andere Strömung der Partei, es ist kein Kompromiss um des inneren Friedens willen.

Was unser Programm „100 Prozent sozial“ aber ist - ein Angebot an Bürgerinnen und Bürger, ein Angebot, das sich an ihren realen Lebensverhältnissen orientiert und konkrete Forderungen aufmacht. Ein Angebot für die große Nachfrage nach sozialer Gerechtigkeit und Frieden.

Kein Wolkenkuckucksheim, sondern machbar. Dieses „Machbar“ wird uns in den kommenden Wochen tragen. DIE LINKE hat mit ihrem Wahlprogramm bewiesen: Wir sind die Partei für den Alltag. Wahlgeschenke sind das Ding von Frau Merkel, Rührseligkeit das Ding von Herrn Steinbrück. Soziale Gerechtigkeit aber... ist unser Ding. Wir können stolz sein, auf das, was wir in Dresden erreicht haben. Ein paar Punkte möchte ich erwähnen:

* Wir fordern steigende Löhne und einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro.

* Wir bleiben dabei: Hartz IV muss weg! Stattdessen wollen wir eine sanktionsfreie Mindestsicherung. Bis dahin müssen die Regelsätze sofort auf 500 Euro erhöht und die Sanktionen abgeschafft werden.

* Wir wollen eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro – darunter droht Armut. Die Rente erst ab 67 Jahren muss zurückgenommen werden.

* Im Osten müssen Renten und Löhne endlich angeglichen und Lebensleistungen anerkannt werden.

* Privater Reichtum darf nicht zu öffentlicher Armut führen. Hohe Vermögen und Einkommen müssen stärker besteuert werden.



**Der Ortsverband Halle-Nord
der LINKEN lädt ein:**

Dresdner Parteitag und das Pro-
gramm zur Bundestagswahl

Dienstag, 9. Juli 2013,

16.30 Uhr,

Versammlungsraum

Blumenstraße 16.

Zu Gast wird Marianne Böttcher
(Parteitagsdelegierte und stellv.
Stadtvorsitzende) sein.

Die Versammlung ist öffentlich.

Höhn und Tiefen...

* Wir wollen eine solidarische
Gesundheitsversicherung: Alle zahlen ein,
alle werden gleichermaßen gut versorgt.
Die Beiträge sinken für alle – außer für
Besserverdienende.

* Wohnen muss bezahlbar sein! Sozialen
Wohnungsbau wollen wir stärken.

* Jede Waffe findet ihren Krieg. Wir
wollen Rüstungsexporte verbieten und
die Bundeswehr aus ihren Auslandsein-
sätzen zurückholen.

* Wir wollen ein soziales und demokra-
tisches Europa gestalten.

Und wenn wir uns auf diese Punkte in
Ruhe und Geschlossenheit geeinigt ha-
ben, dann ist das gut und nicht langweilig!
Dann ist das ein Zeichen nach innen und
nach außen, dass wir verstanden haben:
In der Ruhe liegt die Kraft und nicht im
selbsterstörerischen Gegeneinander! So
sind wir attraktiv. So sind wir erfolg-
reich, und nur so sind wir glaubwürdig.
Es war schön, am Sonntag die Stimmung
beim Aufbruch der Delegierten in ihre
Heimatregionen zu spüren.

Ja, es war eine Aufbruchsstimmung –
ohne Niederlagen, ohne Opfer, ohne
Verletzungen sind wir nun 100 Prozent
vor Ort für das beste Wahlprogramm
aller Parteien:

100 Prozent sozial!

Gerecht für alle. 100% sozial.

Das beste Wahlprogramm aller Parteien.

(mb) Mit einer Stunde Verzögerung – dem Hochwasser geschuldet – begann am Freitag, dem 14.06.2013 die 2. Tagung des 3. Bundesparteitags der Partei DIE LINKE. Unsere Stadt war mit ihren Delegierten Elisabeth Nagel, Stadträtin; Marianne Böttcher, stellv. Vorsitzende des Stadtverbandes; Achim Bittrich, Landes-schatzmeister; René Trömel, Stadtrat und Mitglied des Stadtvorstandes sowie Anne Geschonneck für den Jugendverband vertreten. Am Sonnabend waren auch Ute Haupt und Swen Knöchel als Mitglieder des Bundesausschusses anwesend.

Sowohl Freitagnachmittag als auch am Sonnabend war unsere Direktkandidatin Dr. Petra Sitte in Dresden, um den Bundespartei-tag zu verfolgen.

Bereits am Freitag gab es ein umfangreiches Pensum zu bewältigen. So wurde die Generaldebatte zum Wahlprogramm geführt, ein Dringlichkeitsantrag zur Situation in der Türkei einstimmig beschlos-sen, eine Resolution zur Hochwassersituation verabschiedet und die Mitglieder der Bundesschiedskommission und der Bundesfinanz-revisionskommission gewählt.

Bundesschieds- kommission

Katja Rom
Katharina Messinger
Birgit Stenzel
bleibt frei
bleibt frei
Frank Nieswandt
Maik Zinn
Kurt Neumann
André Walther
Karsten Knobbe

Bundesfinanz- revisionskommission

Heidemarie Ehlert
Cornelia Wanderer
Cordula Vita Adam
Hannelore Kryzak
Hannelore Profus
Ralf Fiebelkorn
Michael Kargus
Fritz-Walter Hornung

Am Sonnabend ging es dann sozusagen in die „Vollen“, d.h. wir waren gefordert, ein umfangreiches, sachlich fundiertes Wahlpro-gramm zu erarbeiten. Schon im Vorfeld wurde ja deutlich, dass sich viele Genossinnen und Genossen der Aufforderung unserer Partei-vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger angeschlossen hatten, und aktiv an der Erstellung des Wahlprogramms mitzu-arbeiten.

An dieser Stelle möchte ich meine Hochachtung all jenen Genossin-nen und Genossen aussprechen, die aus den wirklich zahlreichen Zu-arbeiten den Leitantrag zusammengetragen, formuliert und in eine diskussionswürdige Form gebracht haben.

Zum Parteitag lagen dann in zwei Abstimmungsheften ca. 320 Änderungsanträge vor, davon gab es Doppelungen und einige

wurden auch noch zurückgezogen – das Pensum der zu bearbeitenden Anträge war dennoch enorm. Mit großer Disziplin und Fairness und dank einer immer souverän agierenden Antragskommission konnten wir dann am Sonntagmorgen, gegen 01:00 Uhr, das Wahlprogramm „100% sozial“ mit fünf Gegenstimmen beschließen.

Wir hatten zu diesem Zeitpunkt schon einige Stunden Zeitverzug, aber ich fand es richtig und wichtig, dass die Breite der Diskussion zugelassen war, jede und jeder sich mitgenommen fühlen konnte, Argumente ausgetauscht werden konnten und so der Parteitag mit dem Wissen um das Für und Wider die Anträge abstimmen konnte.

Am Sonntag hatten wir folglich nur noch begrenzt Zeit, uns mit den Anträgen zur Satzung zu befassen. Von 101 Anträgen inklusive Änderungsanträgen zu den Anträgen haben wir lediglich 38 behandeln können.

Mein Fazit:

Es war ein effektiver Parteitag, das Wahlprogramm ist beschlossen und nun gilt es, dieses unter die Leute zu bringen, dafür zu werben und, wie Gregor Gysi sich das wünscht, ein zweistelliges Ergebnis zu erzielen.

Alle Reden, Beschlüsse und Wahlergebnisse -

DISPUT informiert ausführlich über den Dresdner Parteitag. Auslieferung ab 27. Juni 2013.

Für Abonnenten kostenlos.
Für Nicht-Abonnenten zum Preis von voraussichtlich 2,50 Euro.



Die BO Riebeckplatz / Hofjäger lädt ein:

Unser Landesschatzmeister Dr. Achim Bittrich berichtet als Delegierter über den Dresdener Bundes-Parteitag **am Mittwoch, 26. Juni, ab 16 Uhr, im Kartoffelhaus, Willy-Brandt-Str. 44.**
Gäste sind herzlich willkommen !

Wohin führt der Weg Kubas?

2. Juli 2013 - 18:00 Uhr

**Veranstaltungsort: Kulturtreff Halle-Neustadt,
Am Stadion 6**

Die ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen auf der sozialistischen Insel, die neuen ökonomischen Partner oder die stärker gewordene Position innerhalb Lateinamerikas – wer das wirklich Interessante über Kuba erfahren will, hat es schwer.

Denn das Land wird mit einer permanenten Medienkampagne überzogen, in der kein Platz für positive Meldungen ist. Dabei werden wichtige Zusammenhänge verschwiegen und ein Mix aus Lügen und Halbwahrheiten präsentiert. Mit dem angebotenen Vortrag, illustriert durch Fotos, Beispiele, Zahlen und Fakten, bieten wir Euch einen Eindruck der Veränderungen und Perspektivwechsel in der Gesellschaft, Wirtschafts- und Staatsführung, der mit großen Erwartungen nicht nur bei den Kubanerinnen und Kubanern verbunden ist.

Wie sieht der Sozialismus Kubas im 21. Jahrhundert aus? Und wo steht Kuba in Lateinamerika und international? An diesem Abend soll ein realistisches Bild des Landes vermittelt werden. Ihr seid recht herzlich eingeladen, mitzudiskutieren.

Referenten: Jörg Rückmann,

Grafiker, Chefredakteur der Zeitung „Revista“ und langjähriger ehrenamtlicher Mitarbeiter

Miriam Näther,

zuständig für Öffentlichkeitsarbeit und die Zusammenarbeit mit den Regionalgruppen

Aus der Stadtratssitzung am 19. Juni 2013

Heiß war's im Stadtrat – und das nicht nur, weil es den Temperaturen nach so war!

Zu Beginn der Tagesordnung wurden einige Vorlagen abgesetzt, die zu einem späteren Zeitpunkt beraten werden. Der Antrag zur Bewerbung um den Hansetag wurde abgesetzt. Inzwischen ist die Bewerbung „Geschichte“ und es gibt einen anderen Austragungsort.

Gerry Kley (FDP) erwartet einen schriftlichen Bericht des OB, weil er die ablehnende Haltung des OB nicht verstehe!

Der Oberbürgermeister gab einen Bericht zur Hochwassersituation in Halle. Sehr deutlich schilderte er, dass die Stadt knapp an einer Katastrophe vorbeigeschrammt sei! Ebenso deutlich wird in seinen Ausführungen klar, dass der Gimritzer Damm marode sei und hier nach neuen Lösungen gesucht werden muss! Es wird zugesagt, dass es einen Hochwasserbericht geben wird, der Brennpunkte und Lösungsmöglichkeiten beinhalten soll. Noch sind nicht alle Schäden restlos aufgezeigt. Der Schaden der Eissporthalle wird mit 500.000 Euro beziffert. Das MMZ hat ungeheuren Schaden zu beklagen. Herr Wiegand gab an, dass das Land Sachsen-Anhalt aber hier Unterstützung zugesagt hat. Vier Millionen Euro muss die Stadt Halle (Saale) allein an Personalkosten für den Hochwassereinsatz zahlen. Er betonte, dass die Solidarität einmalig und sehr emotional gewesen sei!

Die Umwandlung der Sekundarschule Kastanienallee in eine Gemeinschaftsschule ist nun beschlossene Sache. Eine neue Schulform, in der längeres gemeinsames Ler-

nen möglich ist, wird es hier geben. Ebenfalls beschlossen wurde die Anpassung der Benutzungssatzung an die Gesetzesänderung des Kinderförderungsgesetzes. Nun können wieder alle Kinder, so die Eltern es wünschen, ganztätig die Kita besuchen. Mehrkosten sind seitens der Stadt von ca. 3,7 Mio. Euro geplant, die aber vom Land getragen werden.

Innerhalb dieser Diskussion entfachte sich eine Diskussion über das Thema „Impfnachweise“. Nach langer Diskussion wurde aber abgestimmt, dass die Vorlage der Nachweise zu Impfungen beigebracht werden müssen!

Angepasst wurde die Hauptsatzung des Stadtrates an einen schon gefassten Beschluss. Inhalt ist, dass der OB alle Personaleinstellungen ab Entgeltgruppe E 12 vom Hauptausschuss genehmigen lassen muss. Der Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle wurde in den Finanzausschuss verwiesen, es gibt hier noch Diskussionsbedarf. Derzeit weist der Wirtschaftsplan einen Fehlbedarf von 592.000 Euro auf.

Der Antrag unserer Fraktion zur Einführung einer turnusmäßigen, projektorientierten Berichterstattung bei Bauprojekten wurde in den Bau- und Vergabeausschuss und in den Finanzausschuss verwiesen. Olaf Sieber argumentierte wie wichtig der Antrag sei am Beispiel der Neugestaltung des Saline-Bades, denn hier muss die Stadt Fördermittel zurückgeben!

Dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bereitstellung von Kinderbetreuung während der Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse woll-

ten wird durchaus zustimmen, er wurde aber zur weiteren Diskussion zunächst in den Finanz- und Hauptausschuss verwiesen. Auch im Hinblick auf die nächsten Kommunalwahlen und der Gewinnung von jungen Leuten mit Kindern gewinnt der Antrag an Bedeutung. Heftige Diskussionen gab es zu Dringlichkeitsanträgen, die das Thema „Gimritzer Damm“ betreffen. Auch unsere Fraktion stellte einen Dringlichkeitsantrag, der die Verwaltung beauftragt, mit den zuständigen Stellen auf Landesebene gemeinsam auf einen schnellstmöglichen verbesserten Hochwasserschutz am Gimritzer Damm hinzuwirken und daran angepasst den Ausbau der Straße „Gimritzer Damm“ und eventuell nötige Anpassungen der Tram vorrangig vor anderen Bauprojekten zu planen. Bodo Meerheim, Olaf Sieber und Uwe Köck argumentierten vor allem im Interesse der tausenden Menschen in Halle-Neustadt, die knapp einer Katastrophe entkommen sind.

Ute Haupt, Stadträtin

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - täglich

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

20.06.2013

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 04.07.2013

Ursprünglich hatte unsere Fraktion DIE LINKE im Bundestag beantragt, am 13.06.13 über erste Schlussfolgerungen aus der Hochwasserkatastrophe zu reden. Gegen die Aufsetzung dieses Tagesordnungspunktes haben ALLE anderen Fraktionen gestimmt. Daher hat Petra Sitte die Rede zwar geschrieben, konnte diese aber nicht halten. Das Linke Blatt duckt sie ab:

Meine Damen und Herren,
tausende Menschen in diesem Land leben derzeit im emotionalen und faktischen Ausnahmezustand; teils weil sie vor der Megaaufgabe stehen, die Hochwasserschäden beseitigen zu müssen, teils weil sie sich gerade in akuter Gefahrenabwehr abmühen, teils weil sie sich noch vorbereiten auf die unerbittliche Flutwelle. Wer von den Abgeordneten in den letzten Tagen zu der unüberschaubaren Zahl der Helfenden gehört hat, weiß was ich meine. Man geht an physische und psychische Grenzen.

Und dennoch hat sich dieses grandiose Gemeinschaftserlebnis tief in meine Seele eingegraben. Schon 2002 war es zu erleben, hat sich mit der Zeit aber doch ein wenig verloren.

Ich komme aus Halle an der Saale – eine Stadt die nach der Wende aufgetatmet hat. Tausende ihrer BewohnerInnen und Massen von Studierenden, SchülerInnen und Auszubildenden strömten herbei. 40 t Sand, ich hab 's gestoppt, sind innerhalb einer viertel Stunde in Postsäcke der Royal Mail geschippt worden!

Als eine der größten Stärken dieser Tage habe ich das Miteinander von professionell, freiwillig, ehrenamtlich Helfenden und unserer Unternehmerschaft empfunden. Sicher sind auch bei uns Fehler im Katastrophenmanagement passiert. Und das müssen wir auch sorgfältig analysieren. Aber das entwertet nicht die Leistungen aller Helferinnen und Helfer!

Insofern kann man nicht genug danken.

Ich lebe nun seit Jahrzehnten Halle. Nie hätte ich für möglich gehalten, dass die Saale, die ja doch immer mal wieder über ihre Ufer tritt, schließlich doch zu solch einer Bedrohung anschwellen kann. Auch ExpertInnen haben sich nicht vorstellen können, dass Pegelstände über die Messungen von 2002 steigen könnten.

Mein Fazit zu diesen Klimaextremen: Wir müssen davon ausgehen – sie kommen öfter und sie verlaufen dramatischer. Schon im nächsten Jahr könnte uns die Katastrophe wieder treffen.

Und deshalb müssen wir erstens unverzüglich analysieren, was jetzt notwendig ist, um gewappnet zu sein. Welche Hochwasserschutzmaßnahmen haben gegrif-

fen, wo hat es nicht gereicht und wo müssen wir geplante endlich oder neue umsetzen.

Zweitens müssen wir ehrenamtliche Strukturen stärken. Beispielsweise dürfen wir bei THW, Feuerwehr und Rettungsdienst keine Kürzungen mehr zulassen. Immerhin sollen im Bundeshaushalt bis 2014 sieben Millionen eingespart werden. Das wird auch eine Herausforderung für die Länderhaushalte.

Drittens müssen wir Schritte gehen, die den Ehrenamtlichen, gerade auch im Katastrophenschutz, mehr Anerkennung zubilligt. Daher sollten wir uns nochmals das >Ehrenamtsentbürokratisierungsgesetz< vornehmen. Dort wird für Ehrenamtliche ein Steuerfreibetrag festgelegt, der letztlich aber nur 10 Prozent der Ehrenamtlichen erreicht. Das Ehrenamt ist in Gefahr. Im Osten Deutschlands dürfte es angesichts des Bevölkerungsrückgangs immer schwerer werden, Nachwuchs zu finden und das Netzwerk aufrecht zu erhalten. Ein gewisses Maß an Hauptamt ist unabdingbar, um verlässliche Förderstrukturen zu sichern. In Thüringen gibt es eine Feuerwehrrente. Quasi wie eine Betriebsrente nach einer bestimmten Zahl von Jahren in der freiwilligen Feuerwehr.

Viertens müssen wir auf Bundesebene einen Koordinierungsstab schaffen, der bei länderübergreifenden Einsätzen, die Kräfte und Hilfelieferungen effektiv abstimmt. Gleichmaßen müssen Kooperation und Koordinierung an den Landesgrenzen endlich reibungslos funktionieren. Das war schon 2002 ein Problem.

Fünftens bedarf es zur Bewältigung der Schäden eines fünf Jahre laufenden Hochwasserfonds, der insgesamt – einschließlich der erhofften EU-Mittel – 10 Milliarden Euro beinhalten muss.

Sechstens müssen wir Soforthilfen ermöglichen – schnell und unbürokratisch für betroffene Menschen ebenso wie für Unternehmen. Da dürften die von der Kanzlerin angekündigten 100 Millionen nur ein Tropfen in den Schadenssee sein.

Wenn Sie verhindern wollen, dass die Hochwasserkatastrophe zu einem Wahlkampfthema wird, dann lassen Sie uns schnell handeln – genau so, wie es auch umstandslos die tausenden Helferinnen und Helfer getan haben.

aus der Region Hannover

DIE LINKE startet mit neuem Kreisvorstand in die Wahlkämpfe

14 Frauen stellen sich den anstehenden Aufgaben/Beschluss zu eigener Kandidatur zu den Oberbürgermeisterwahlen

Die Kreismitgliederversammlung der LINKEN in der Region Hannover brachte ein bemerkenswertes Ergebnis hervor: in den neuen 14 köpfigen Kreisvorstand wurden ausschließlich Frauen gewählt. Zu Vorsitzenden wurden die Ratsfrau Gunda Pollok Jabbi und die Landesgeschäftsführerin Maren Kaminski gewählt. Dem Frauenteam waren Diskussionen um die Umsetzung eines „weiblichen“ Kommunikations und Führungsstils vorangegangen. Obwohl, wie in anderen Parteien auch, weit weniger Frauen als Männer für solche Ämter kandidieren, waren die jetzt gewählten von der Idee, einen grundsätzlich anderen Weg einzuschlagen, begeistert. Pollok Jabbi setzt sich in ihrer Ratsarbeit für gleichstellungspolitische Belange ein und fordert immer wieder eine Frauenquote für Aufsichtsräte und Vorstände der kommunalen Eigenbetriebe.

Mit übergroßer Mehrheit beschloss die Versammlung, zudem für den 22. September eine eigene Kandidatin für die Oberbürgermeisterwahlen aufzustellen. Die frisch gewählte Kreisvorsitzende Maren Kaminski bot sich der Versammlung unter großem Beifall als Kandidatin an. Der neueste Sozialbericht der Landeshauptstadt ermuntert die Partei für den Antritt. „Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter. Die etablierten Rezepte reichen nicht aus, um diese Kluft zu schließen. Die vergangenen Landtagswahlen haben bewiesen, dass ein Wechsel der Regierungsparteien noch lange kei-



v.l.n.r.: Brigitte Falke, Anneliese Stromeyer, Jutta Meyer Siebert, Heidrun Tannen-berg, Maren Kaminski (Kreisvorsitzende), Larissa Daniels, Gunda Pollok Jabbi (Kreisvorsitzende), Conny Jürgens (Kreisschatzmeisterin), Sabine Daniels, Monika Windhorn (stv. Kreisschatzmeisterin). Nicht zu sehen sind: Irene Hagen, Gülten Kelloglu, Sigrid Leuschner, Julia Richter

nen Politikwechsel bedeutet“, so Kaminski. Die Neuordnung der Kommunalfinanzen ist für DIE LINKE ein Thema, das sie im Wahlkampf gerade zwischen Kommunen und Bundesebene ansprechen will. „Die Kommunen bluten finan-

ziell aus, große Bevölkerungsteile rutschen ins soziale Elend ab. Es wird ein Fachkräftemangel herbeigeredet und gleichzeitig wird viel zu wenig unternommen, um Jugendlichen Zukunftsperspektiven zu eröffnen“, so Kaminski.

Für Rückfragen stehen Ihnen Gunda Pollok Jabbi (0176 678 788 19) und Maren Kaminski (0176 233 12 551) gerne zur Verfügung.

Stadtverwaltung hat Spendenkonto eingerichtet

(halle.de/ps) Die Stadtverwaltung hat für Hallenserinnen und Hallenser, die vom Hochwasser besonders betroffen sind, ein Spendenkonto bei der Saalesparkasse eingerichtet.

Mit der dramatischen Entwicklung der Hochwasserlage in Halle (Saale) wuchs die Spendenbereitschaft der Bevölkerung. So gehen bei der Stadtverwaltung viele Spendenanfragen ein. Das Geldinstitut half schnell und unbürokratisch. Unter dem Kennwort „Hochwasser 2013“ kann für Betroffene ab sofort gespendet werden.

Spendenkonto: Saalesparkasse Kontonummer: 169 169 169

Bankleitzahl: 800 537 62 Kennwort: „Hochwasser 2013“

IBAN: DE02 8005 3762 0169169169 BIC: NOLADE21HAL

Wir laden euch alle herzlich ein, euch aktiv in den Wahlkampf einzubringen

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Parteitag in Dresden ist schon wieder Geschichte, unser Wahlprogramm „100% Sozial“ für die diesjährige Bundestagswahl steht und insgesamt können wir mit dem Parteitag sehr zufrieden sein. Die Auseinandersetzungen der letzten Jahre sind deutlich sachlicheren Diskussionen gewichen, was uns alle hoffnungsvoll für die nahe Zukunft stimmen sollte. Nun können wir einen aktiven und geschlossenen Wahlkampf führen, an dessen Ende hoffentlich nicht nur ein gutes Ergebnis für unsere Partei steht, sondern auch die Verteidigung des Direktmandates von Petra. Mit ihr haben wir im Wahlkreis 72 eine Kandidatin, die uns sehr aktiv im Bundestag vertritt und die durch großes Engagement bei der letzten Bundestagswahl völlig zu Recht das Direktmandat in unserem Wahlkreis gewonnen hat. Dieses gilt es nun zu verteidigen – gemeinsam können wir dieses Ziel erreichen!

Wir laden euch alle herzlich ein, euch aktiv in den Wahlkampf einzubringen – ob nun an Infoständen, bei Wahlforen, dem Verteilen von Info-Material und anderem. Bis zur Bundestagswahl werdet ihr ab sofort etwa einmal wöchentlich aktuelle Informationen zum Wahlkampf per Email erhalten, damit ihr immer auf dem Laufenden seid.

Daneben würden wir uns freuen, wenn ihr euch aktiv an Diskussionen und Planungen zu einzelnen Veranstaltungen im Wahlkampf einbringen würdet. Das macht zwar etwas Arbeit, aber gemeinsam können wir nicht nur Erfolg, sondern auch noch ein wenig Spaß im Wahlkampf haben. Für alle, die Interesse daran haben, richten wir einen zusätzlichen Email-Verteiler ein, über den alle Eingetragenen miteinander Informationen und Ideen austauschen können. Wer Interesse hat, auf diesem Verteiler zu stehen, schickt bitte eine Email an info@dielinkehalle.de.

Da im Wahlkampf auch wieder große Kosten auf uns zukommen werden, gibt es auch wieder eine Spendenkampagne, die wir euch ans Herz legen möchten. Wer spenden möchte, richtet seine Überweisung bitte an:

Empfänger: Die LINKE Stadtverband Halle
Kt.-Nr.: 382 322 518
BLZ.: 800 537 62
Saalesparkasse
Verwendungszweck: Spende Bundestagswahl

Es gibt auch die Möglichkeit, Großplakate in Halle und dem Saalekreis durch Spenden direkt zu finanzieren. Wer das machen möchte, hat unter folgender Adresse die Möglichkeit:
<https://www.die-linke.de/nc/dielinke/spenden/plakatspende/>

Inklusion – Dabei sein! Von Anfang an!

Das Motto für den europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, der am 5. Mai begangen wird, im Jahr 2012. Ein Tag der nach wie vor seine Berechtigung hat, weil Sonderwelten nicht zur Inklusion beitragen. Eine solche Sonderwelt, sind die Werkstätten für behinderte Menschen.

Im Jahr 2012 arbeiteten, nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen e. V., 297.293 Menschen in 682 Behindertenwerkstätten. Die Beschäftigten erhalten ein Arbeitsentgelt (§ 138 Abs. 2 SGB IX), welches sich aus

einem Grundbetrag (75,00 Euro) und einem Steigerungsbetrag (Leistungslohn) zusammensetzt. Folglich muss das Sozialamt aufstocken, weil das Arbeitsentgelt zum Leben nicht reicht.

Allerdings sollen Menschen mit Behinderungen vor Ausbeutung geschützt werden und die Möglichkeit haben, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen (Art. 16 und 27 UN-Behindertenrechtskonvention).

Deshalb müssen Werkstätten zukünftig überflüssig, aber deren sozialpädagogische Strukturen verallge-

meinert werden. Letztendlich profitieren davon alle Beschäftigten, da nicht behinderte ArbeitnehmerInnen in der ein oder anderen Situation (Pflege bzw. Todesfall in der Familie, Schulden, Süchte [Alkohol, Drogen, Medikamente etc.], Ängste u.s.w.) auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind. Außerdem erleichtern barrierefreie Arbeitsstätten allen die Arbeit. (clara, Das Magazin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Nr. 24 2012, S. 27)

Arbeitgeber, die Aufträge an Werkstätten für behinderte Menschen vergeben, können einen Teil der Kosten auf die Ausgleichabgabe (§ 77 SGB IX) anrechnen (§ 140 Abs. 1 S. 1 SGB IX). Für die Unternehmen ein gutes Geschäft: keinerlei Verpflichtung, geringere Ausgleichabgabe und billige Produktion. Insofern sollte der Gesetzgeber diese Vorschrift ersatzlos streichen und die Ausgleichabgabe erhöhen. Private und öffentliche Arbeitgeber (Arbeitgeber) mit jahresdurchschnittlich monatlich mindestens 20 Arbeitsplätzen i.S.d. § 73 haben auf wenigstens fünf Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte Men-

schen zu beschäftigen (§ 71 Abs. 1 S. 1 SGB IX). Wer die Quote in diesem Fall nicht erfüllt, zahlt als Ausgleichabgabe gerade einmal 1.380 Euro im Jahr. Mit den Mehreinnahmen könnten z.B. Arbeitgeber gefördert werden, die ihre Quote übererfüllen. Natürlich nur eine kurzfristige Lösung, weil eine inklusive Arbeitswelt mehr als nur Geld benötigt.

Anm. d. A.: Aus dem lateinischen inclusio (Einfluss, Zugehörigkeit) abgeleitet, meint Inklusion in der Bildung das Prinzip, die Vielfalt der Kinder und Jugendlichen zu schätzen: unabhängig von Fähigkeiten, ethnischer wie sozialer Herkunft, Geschlecht, Alter oder Behinderung. Zum Beispiel in einer Schule für alle Kinder, ungeachtet ihrer individuellen Voraussetzungen und individuellen Lebenslagen – gleiche Chancen von Anfang an. (DISPUT Mai 2003, S. 11)

Link: www.taz.de/!87033/

Marcel Kieslich, Mitglied im Stadtvorstand der Partei DIE LINKE Halle (Saale)

„Nazis entgegentreten - Halle blockt!“

Rassismus und Nationalismus zerstören unsere Zukunft

Für den 06. Juli 2013 planen neonazistische Kameradschaften eine Demonstration unter dem Motto „Deutsche Zukunft statt Europa-Wahn“ in Halle.

Die Stadt Halle (Saale), die Initiative Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage und die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Aufrufs fordern alle Menschen in und um Halle zum friedlichen und kreativen Protest gegen den geplanten Aufmarsch auf.

Wir stellen uns gegen die Propaganda der Neonazis, die unter dem Deckmantel von Europakritik menschenverachtende Ideologie verbreiten.

Sie radikalisieren Vorurteile, die ohnehin in der Gesellschaft verbreitet sind.

Täglich müssen Menschen aufgrund rassistischer, antisemitischer oder anderweitig diskriminierender Zuschreibungen verbale, institutionalisierte und körperliche Gewalt erleiden.

Umso wichtiger ist, dass wir entschlossen und wirksam allen neonazistischen Bestrebungen entgegentreten.

In Halle und auch anderswo darf kein Platz für diese Ideologien sein.

Stattdessen fordern die Unterzeichnenden dieses Aufrufes Toleranz, Gewaltfreiheit und ein demokratisches Miteinander.

Deswegen rufen wir alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich an den Protesten gegen den Nazi-aufmarsch am 6. Juli 2013 zu beteiligen.

